Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1842

247 (9.9.1842) Verhandlungen der badischen Stände 1842

Visual Library

Verhandlungen der badischen Stände
1842.
Beiblatt zur Karlsruher Zeitung.

Freitag, № 73. den 9. September.

Vierundfünfzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am Freitag, den 2. September 1842, unter dem Vorsitze des Präsidenten Bekk.

Nachträglicher Bericht.
(Schluß.)

Rindeschwender: Wenn ich heute einige Worte spreche, so thue ich es in meiner Eigenschaft als Berichterstatter und nicht als Deputirter, denn es ist bekannt, daß ich andere Wünsche und andere Ausdrücke für den gegenwärtigen Zustand habe, als ich sie in meiner Eigenschaft als Berichterstatter äussern darf. Auch mich hat die Zensur in meiner Berichterstattung getroffen, und in den Nachwehen dieser Zensurstriche bescheide ich mich, ganz kahl und kühl nur einige Erläuterungen zu geben.

v. Itzstein: Zur Erläuterung bemerke ich vor Allem, daß die Zensurstriche durch die Kommission gemacht worden sind.

Rindeschwender: Allerdings durch die Kommission. Zuvörderst muß ich einem Mißverständniß begegnen, als gehe der Kommissionsantrag nur dahin, um mildere Zensur für die inneren Angelegenheiten zu bitten. Dies ist nicht die Ansicht der Kommission, und ich verweise deshalb auf den Bericht, wornach sich die Kommission lediglich dem Antrag des Abg. Sander anschließt, also Preßfreiheit für innere Angelegenheiten verlangt. Der Antrag soll und darf nichts Anderes seyn, und ich bin es daher zufrieden, wenn er deutlicher gefaßt wird. Im Uebrigen ist mein Bericht nicht angegriffen worden, und ich habe ihn deshalb auch nicht zu vertheidigen. Von Seiten des Hrn. Regierungskommissärs macht man mir zwar zum Vorwurf, daß ich die Zensur und ihre Folgen zu scharf und mitunter übertrieben dargestellt habe. Ich weiß aber in der That nicht, gegen welchen Vorwurf ich mich mehr vertheidigen soll, denn von einer andern Seite sagt man mir, die Sache sey ziemlich richtig dargestellt, man könne damit zufrieden seyn, da man hier, wie bei manchen andern Angelegenheiten, die Augen zuzudrücken habe. Noch Andere aber sagen mir, es sey Alles mit viel zu schwachen Farben geschildert, der Zustand sey viel schlimmer, die Folgen seyen viel nachtheiliger und nachhaltiger, als der Bericht angebe. Ich gehöre selbst zu Denen, welche mir diesen Vorwurf machen, bin aber zufrieden, wenn ich hiernach in der Mitte geblieben bin. Der Hr. Regierungskommissär glaubt uns mit der Zensurordnung trösten zu können, welche bis jetzt für die meisten Bürger ein Geheimniß blieb; ein Umstand, der allein schon großen Verdacht erweckt, daß es damit nicht so ernstlich gemeint sey.

Ein Professor der Malerei hat einst gesagt, man male die Felsen wie die Wolken, nur ganz anders. Die Regierung — so meint gewiß das Volk und meinen die Mitglieder der Kammer alle mit mir — sagt ihrerseits: „Das ist die Instruktion; dieser müßt ihr nachleben — thut es aber ja nicht!“ Mit der Hinweisung auf eine mildere Zensur bin ich und ist gewiß auch die Kammer nicht zufrieden. Gegen die Anstalt selbst kann man sich nicht stark genug aussprechen; ich mache daher alle Aeusserungen des Abg. Bassermann zu den meinigen, ja es könnte noch viel Aergeres gesagt werden. Zur Abwendung einer großen Gefahr kann man einmal zu Zwangsmitteln greifen und Todtschlag verüben, und kein Mensch wird sagen, daß man Unrecht thue. Wenn aber die Gefahren vorüber sind und man schlägt immer noch todt, so hat man etwas Schändliches gethan und macht sich zum Verbrecher. Ich glaube mich überzeugt zu haben, daß die Art und Ausübung der Zensur selbst eine Mißbilligung von Seiten der Bank der Regierung gefunden, und daß den Hrn. Regierungskommissär selbst hie und da eine Schamröthe überflogen hat, als er hörte, wie die Zensur in's Lächerliche getrieben wird. Ich bitte die Kammer nur noch, in ihrem Beschluß einig zu seyn. Der Gegenstand ist in dem Bericht gewiß mit der Ruhe und Würde behandelt worden, daß den beiden Anträgen, wie ich hoffe, die einhellige Zustimmung nicht versagt werden wird. Diese Einstimmigkeit thut Noth, und wenn auch meine Erwartungen nicht so groß sind, nun — so sind sie klein.

Geh. Ref. Eichrodt: Gern hätte ich mich über die vielfachen Klagen, daß die Instruktion nicht vollzogen werde, näher ausgesprochen; allein ich halte es nicht für nöthig. Die Regierung ist nicht im Stande, die Zensur selbst auszuüben, sondern sie muß ihre Organe dazu wählen. Nun ist es bei den Zensoren, wie bei andern Beamten, ja selbst bei den Richtern wohl möglich, daß sie irren. Darum hat die Regierung Rekursinstanzen bis zu dem Ministerium des Innern eingeführt, und der Hauptzweck dabei ist, daß die Zensoren durch die fortwährenden Rekursbescheide am Ende die Richtung kennen lernen, in welcher sie zensiren sollen, und den Geist der Behörden erkennen. In den Fällen, wo das Ministerium über Preßsachen zu entscheiden hat, wird das Urtheil in der Regel so ausfallen, daß man damit zufrieden seyn kann. Dadurch aber schaden sich die Redakteure in der Regel selbst, daß sie die Rekurse nicht aufeinander folgen, sondern 20 bis 30 Zeitungsartikel, wie dies bei den Seeblättern der Fall ist, zusammenkommen lassen; damit verzögern sie die Bescheide selbst. — Ich beklage, daß sich einige Mitglieder haben hinreißen lassen, der Preßfreiheit in einer Weise das Wort zu reden, die offenbar getadelt werden muß. Ich wollte die einzelnen Redner nicht immer unterbrechen;

aber indirekte Drohungen, sowie Beleidigungen gegen die Regierung und die Beamten sind nicht der Weg, auf dem man zum Ziele kömmt. Eine Sache muß gut seyn und sich selbst rechtfertigen, wenn sie sich geltend machen will, nicht aber solche Mittel nothwendig haben, wie sie angedeutet worden sind.

v. Itzstein: Ist es denn eine Drohung, wenn man der Regierung sagt, welche Folgen schlimme Maßregeln haben mögen?

Geh. Ref. Eichrodt: Ich habe die Redner wohl verstanden, aber den Abg. v. Itzstein nicht gemeint.

Rindeschwender: Der Weg, den der Hr. Regierungskommissär den Redakteuren bezeichnet hat, kann ihnen wohl wenig helfen. Ob sie viele Artikel zusammenkommen lassen, oder bei jedem einzelnen rekurriren, macht nichts zur Sache. Woher aber das Geld und die Zeit nehmen, um bei jedem einzelnen Artikel zu rekurriren, worüber die Entscheidung gar keinen Werth mehr hat? Unsere Redakteure sind nicht immer Diejenigen, die das Geld zum Fenster hinaus zu werfen haben; man müßte sie wahrlich unter Pflegschaft stellen, wenn sie so ungebührlich mit dem Geld umgingen. Der Hr. Regierungskommissär meint immer noch, man habe zu viel gesagt. Ich theile aber die Ansicht, es solle keine Zensur stattfinden, als da, wo die höchste Noth es gebietet, und wenn es gleichwohl Zensoren geben soll, so kann man mir nicht übel nehmen, wenn ich, falls ich einer wäre, mir vorkäme, wie ein Scharfrichter, auf dem bekanntlich eine levis notae macula ruht. Es kann mir Niemand verbieten, dies laut zu erklären, denn die Gedanken, die ich einem Andern niederschlage, und der Raub, den ich an solchen Gedanken begehe, scheint mir schlimmer, als ein Halsabschneiden, das der Richter vorher gesetzmäßig anerkannt hat.

Geh. Ref. Eichrodt: Ich habe von vielen Seiten Stimmen gehört, welche glauben, die Presse bewege sich sehr ungenirt bei uns, und ich hätte deshalb nicht erwartet, daß man so heftige Anklagen gegen die Zensur ausstoßen werde, wie es heute geschehen ist.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen, und die Kammer nimmt die Anträge der Kommission an, wie schon berichtet worden ist.

Nachträglicher Bericht über die Nachmittagssitzung vom 3. September 1842, unter dem Vorsitze des Präsidenten Bekk.

Regierungskommissär: geh. Ref. Eichrodt.

Der Abg. Leiblein berichtet 1) über eine Petition mehrerer Privatwaldbesitzer aus dem Bezirksamt Neustadt, die Vermessung ihrer Waldungen betr. — Der Antrag auf Tagesordnung wegen nicht nachgewiesener Enthörung wird angenommen.

2) Ueber die Petition der Gemeinde Oppenau und mehrerer anderer aus den Aemtern Wolfach, Haslach, Hornberg und Oberkirch, um Abänderung des §. 17 des Forstgesetzes. Auch hier wird aus demselben Grunde die Tagesordnung beantragt und angenommen, mit dem Rathe an die Petenten, ihre Beschwerden bei den einschlägigen Verwaltungsstellen zu begründen.

3) Ueber die Bitte der Wittwe Anna Kaiser von Betmaringen, Erblehnlasten und Ablösung betr. Der Antrag auf Tagesordnung wegen Mangels an Enthörung wird angenommen.

4) Ueber die Bitte vieler Gemeinden der Aemter Neustadt, Bonndorf u. s. w., die Räumung ihres Waldes betr. Tagesordnung wegen Mangels der Enthörung. Für die Petenten sprechen die Abg. Welcker, Sander, Rettig, Reichenbach, Martin und Mördes, indem sie die Hoffnung aussprechen, daß die Regierung ihre dem Inhalt nach wohlbegründeten Bitten berücksichtigen werde.

Geh. Ref. Eichrodt versichert, daß wenn sich diese Gemeinden im ordnungsmäßigen Wege an die geeignete Behörde wendeten, ihren Bitten eben so entsprochen werden würde, als es bei andern geschehen sey, welche diesen Weg eingeschlagen hätten.

5) Ueber die Bitte mehrerer Gemeinden des Amts Neustadt um Beiziehung der Ausmärker zu Gemeindeumlagen. Tagesordnung.

6) Ueber eine Petition der ehemals Speyer'schen Gemeinden, um Wiedereinsetzung in das Recht zum Bezug des Brennholzes aus dem Staatswalde Lußhardt. Tagesordnung.

7) Ueber die Bitte der Rothgerberzunft in Pforzheim, um Abhülfe des durch Ausfuhr entstehenden Mangels an Gerberrinde. Antrag: empfehlende Ueberweisung an das großherzogl. Staatsministerium.

Posselt berichtet: 1) Ueber die Petition des ehemaligen Amtschirurgen Feldmann, dermalen in Nußloch, verschiedene Desiderien betr. Tagesordnung, weil die Sache noch im Rekurs liegt.

2) Ueber die Bitte des ehemaligen Salzkontroleurs Kreglinger um Wiederaktivirung. Der Antrag geht auf Tagesordnung. Die Abg. Gerbel und Lenz empfehlen den Petenten, der eine schöne Hand schreibe und Kenntnisse in neueren Sprachen besitze, um ihn wenigstens als Kopisten zu verwenden.

Richter berichtet: 1) Ueber die Vorstellung des Schneidermeisters Gülich von Weinheim, die Verfertigung von Hosen für das Militär betr. Tagesordnung, mit Verweisung des Petenten an die betreffende Behörde.

2) Ueber die Bitte des Joseph Ronegger von Oppenau, die Benützung der Lierbach zu Betreibung einer Sägmühle betr. Tagesordnung.

Hecker berichtet: 1) Ueber die Petition des Schreibfederfabrikanten Bayer in Buchen, die Ungleichheit des Sportelansatzes bei Hausirbewilligungen betr. Tagesordnung.

2) Ueber das Gesuch des Georg Fritz und G. Angelloch von Schefflenz, Rückvergütung von Untersuchungskosten betr. Tagesordnung.

3) Ueber die Bitte mehrerer Papierfabrikanten des Odenwaldes, um Schutz ihrer Fabriken gegen Ausfuhr von Lumpen. Der Antrag geht auf Tagesordnung.

Der Abg. Junghanns stellt den Antrag auf empfehlende Ueberweisung an das Staatsministerium, um sich zu verlässigen, ob, wie die Petenten behaupten, die Ausfuhr der Lumpen aus den Gränzstaaten in's Badische wirklich gehindert sey, gegen die Bestimmungen der Zollverträge.

Dieser Antrag findet vielseitige Unterstützung und wird angenommen.

Der Abg. Bassermann bringt bei dieser Gelegenheit zur Sprache, daß badischen Handelsreisenden in Württemberg nicht erlaubt sey, Privaten zu besuchen, während in Baden fremden Reisenden es erlaubt sey. Er trägt auf Abstellung dieses Mißstandes an.

4) Ueber die Bitte der Gemeinden der Aemter Borberg und Krautheim, um Uebernahme der Beiträge für uneheliche Kinder auf die Staatskasse und Aufhebung des Art. 340 des Landrechts. Tagesordnung.

Bannwarth berichtet: 1) Ueber vier Petitionen vieler Gemeinden der Aemter Neustadt, Bonndorf ꝛc., das Bahnen der Landstraßen im Winter betr. Der Antrag geht auf empfehlende Ueberweisung an's Staatsministerium.

Welcker, Sander und Welte sprechen für die Petenten.

Geh. Ref. Eichrodt verweist auf das dem nächsten Landtag vorzulegende Straßengesetz, worin auch dieser Gegenstand seine Erledigung finden werde.

2) Ueber eine Petition der Gemeinden Ober-, Mittel- und Unterschefflenz um Vollzug der Gesetze vom 10. Juni 1831, die Aenderung der Gerichtsverfassung betr. Tagesordnung.

3) Ueber zwei Petitionen von Gemeinden der Aemter Wertheim, Borberg und Krautheim um ein Gesetz zur Aufhebung des Schafübertriebsrechts. Der Antrag geht auf empfehlende Ueberweisung an das großherzogl. Staatsministerium, unter Bezug auf die beiden Adressen der Kammern von 1835 und 1837. Angenommen.

4) Ueber die Bitte mehrerer Gemeinden des Landamts Freiburg um Aufhebung verschiedener Lasten und Aenderungen des Bürgerrechtsgesetzes. Antrag Tagesordnung, mit Ausnahme der Bitte um Aufhebung der noch bestehenden Abzugsrechte, wobei sich die Kommission auf einen frühern empfehlenden Antrag bezieht.

Achtundfünfzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am Dienstag, den 6. September 1842, unter dem Vorsitze des Präsidenten Bekk.

Regierungskommissär: geh. Ref. Eichrodt.

Der Präsident eröffnet, daß die erste Kammer dem provisorischen Gesetz über die Zuckerzölle, sowie über die Verträge, den Beitritt einiger norddeutschen Staaten zum Zollverein betreffend, beigetreten sey, dem Hundstaregesetz nach der letzten Fassung der zweiten Kammer ihre Zustimmung gegeben, dagegen der Adresse der zweiten Kammer in Betreff der Abänderung des §. 12 des Zehntgesetzes verweigert habe.

Geh. Ref. Eichrodt gibt die Erklärung ab, daß die Regierung dem Antrage, das Protokoll über die geheime, die Führung der Eisenbahn von der badischen Gränze nach Frankfurt betreffende Sitzung zu veröffentlichen, zur Zeit ihre Genehmigung versagen müsse.

Die Tagesordnung führt hierauf zu Erstattung von Petitionsberichten.

Der Abg. Posselt berichtet über die Bitte sämmtlicher Bierbrauer des Großherzogthums um eine Revision des Gesetzes über die Bieraccise.

Der Abg. Schmidt hält einen ausführlichen Vortrag über diesen Gegenstand, worin er ausführt, daß die Versammlung der Bierbrauer, die jüngst stattgefunden, sich für Beibehaltung der gegenwärtigen Gesetzgebung unter gewissen Modifikationen ausgesprochen habe, und bezeichnet dann näher die Punkte, worin in Bezug auf die Gesetzgebung und die Vollzugsverordnung eine Aenderung gewünscht werde. Er schließt mit dem Wunsche, daß diese Aenderung noch im Laufe des Jahres eintreten möge.

Der Antrag der Kommission auf empfehlende Ueberweisung an das hohe Staatsministerium wird angenommen.

Der Abg. Baum berichtet über die Petitionen, welche den Hausirhandel betreffen, und der Kommission über die Motion des Abg. Rettig zugewiesen worden waren. Die Kommission stellt vier Anträge:

1) Eine Adresse an Se. königl. Hoheit den Großherzog zu beschließen, worin für den nächsten Landtag um einen Gesetzentwurf, die gänzliche Abschaffung des Hausirhandels betr., gebeten werde.
2) Die Regierung zu bitten, daß bis dahin ein provisorisches Gesetz oder authentische Interpretation des §. 4 des Hausirgesetzes vom 8. März 1821 abzufassen, das Hausiren bei Privaten durch Vorzeigen von Mustern, und das Hausiren der Schneider und Gesellen zu verbieten.
3) Die Petitionen, welche um Aufhebung des Hofrathreskripts über den Besuch der Wochenmärkte vom Jahr 1716 bitten, mit Empfehlung dem Staatsministerium zu überweisen.
4) In Betreff der für Beibehaltung des Hausirhandels eingegangenen Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Ueber diese Anträge entspann sich eine längere Diskussion, aus der wir, durch die Kürze der Zeit gedrängt, nur folgende als Hauptmomente herausheben.

Der Abg. Helbing unterstützt einfach den Antrag der Kommission, ebenso Gottschalk.

Hecker verbreitet sich in längerer Rede über das Nachtheilige und Verderbliche des Hausirhandels, dessen gänzliche Beseitigung er beantragt.

Mördes bestreitet die Ansicht, daß der Hausirhandel überall sich überlebt habe, überall überflüssig und nachtheilig sey. Eine Gegend des Landes gebe es, wo im Gegentheil an ihn sich die ganze Existenz der Familien knüpfe, es seyen dies die einsamen Thäler und Höhen des Schwarzwaldes; nehme man deren Bewohnern die Erlaubniß, mit den Erzeugnissen ihres Kunstfleißes zu hausiren, so nehme man ihnen das Mittel der Subsistenz; er müsse daher in dieser Hinsicht gegen den Antrag der Kommission stimmen, und insbesondere auch dagegen protestiren, daß durch eine Verordnung oder ein provisorisches Gesetz eine Abänderung des gegenwärtigen Zustandes herbeigeführt werde; durch eine Verordnung könne dies nicht geschehen, denn der Gegenstand gehöre der Gesetzgebung an; um ein provisorisches Gesetz zu bitten, sey aber durchaus gegen die Grundsätze und das Herkommen dieses Hauses. Die Art des Hausirhandels, der er das Wort spreche, sey auch in der That nicht so gemeinschädlich, daß man, um ihn zu vernichten, zu solch ungewöhnlichen Maßre-

geln seine Zuflucht nehmen müsse. Er stelle daher den Antrag, auch die Petition sub Nr. 4 dem hohen Staatsministerium zu überweisen.

Junghanns erklärt sich gleichfalls gegen ein allgemeines Verbot des Hausirhandels, und will namentlich das Hausiren mit denjenigen Gegenständen erlaubt wissen, welche der Landmann als Erzeugnisse seines eigenen Kunstfleißes durch das Hausiren damit absetze, dahin gehörten Holzwaaren, Uhren, Gespinnste u. s. w., zweitens, mit solchen, die auf dem Lande von den Krämern nicht gehalten zu werden pflegten, für den Landmann aber nicht entbehrlich seyen. In Bezug auf die eingegangenen Petitionen sey daher wohl zu bemerken, daß sie sämmtlich von den Städten ausgegangen und den Krämern auf dem Land, nicht von den Landgemeinden selbst. Er glaube daher, daß es genüge, auf eine Revision des Hausirgesetzes anzutragen.

Bassermann findet ein unbedingtes Verbot des Hausirhandels nicht vereinbar mit der persönlichen Freiheit und Mündigkeit des Bürgers; man sage, durch das Hausirverbot sollte der Bürger geschützt werden vor Betrug, vor Zudringlichkeit u. s. w., das gehe zu weit in der Bevormundung des freien Willens; ihm müsse man's überlassen, sich selbst zu schützen oder sich betrügen und inkommodiren zu lassen. Auffallend sey es, daß während württembergische Flößer das Recht hätten, in Mannheim Bohlen u. s. w. abzusetzen, den badischen in Rheinbayern es verwehrt sey. Der Redner bittet um Auskunft, wie es mit der Reziprozität sonach in den Zollvereinsstaaten gehalten werde.

Sander tritt dem Kommissionsantrag unter der Bedingung des Abg. Mördes bei; eine neue Hausirordnung sey dringend nothwendig. Nicht zum Gegenstand aber gehörten die sub. 3 erwähnten Petitionen. Diese Wochenmärkte seyen kleine Jahrmärkte, wo nicht blos Viktualien verkauft würden; es sey im Interesse der Amtsangehörigen, diese Verordnung von 1716 nicht aufzuheben, daher er für Tagesordnung oder höchst einfache Ueberweisung stimme.

Jörger schließt sich dem an.

Fauth schließt sich den Ansichten der Abg. Mördes und Junghanns an, wünscht aber möglichste Beschränkung des Hausirhandels schon jetzt, und wenigstens dem Andrange ausländischer Hausirer gesteuert.

Geh. Ref. Eichrodt erklärt, daß die verschiedenen Regierungen nicht einig seyen über den Begriff der Reziprozität, und daß deshalb Unterhandlungen gepflogen würden. Die Regierung sey die größte Feindin der Auswüchse des Hausirhandels, und suche mit Strenge ihnen zu steuern. Was das Hausiren mit Mustern betreffe, so stehe es nicht in der Macht der Regierung, es zu verbieten, da die Zollvereinsgesetzgebung es gestatte. In Bezug auf den Hausirhandel des Schwarzwaldes erkenne die Regierung die Richtigkeit des Vortrags des Abg. Mördes an und sey weit entfernt, hier hemmend einschreiten zu wollen.

Ueber die verschiedenen Anträge erhebt sich nun noch bei der Abstimmung eine ziemlich verworrene Diskussion; das Resultat war endlich, daß ein allgemeiner Antrag des Abg. Mördes: sämmtliche Petitionen dem hohen Staatsministerium zur Kenntnißnahme mitzutheilen, mit dem Beisatze, den der Abg. Baum beantragte, angenommen wurde, daß die Bitte angefügt werde, man möge das Hausiren mit Mustern bei Privaten verbieten.

Der Abg. Baum berichtet hierauf noch über folgende Petitionen:

1) Des M. Hehl gegen Amtmann Gaß in Gerlachsheim. Tagesordnung.

2) Bitte des Freiherrn v. Drais in bekanntem Betreff. Tagesordnung.

3) Petition des Bezirksamts Borberg wegen Uebernahme von Kriegsschulden. Tagesordnung wegen Mangels an Enthörung.

Neunundfünfzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am Mittwoch, den 7. September 1842, unter dem Vorsitze des Präsidenten Bekk.

Auf der Regierungsbank: Finanzminister v. Böckh.

Auf der Tagesordnung stand die Berathung des Finanzgesetzes. Der Abg. v. Itzstein erstattet darüber Bericht und es wurde Paragraph für Paragraph angenommen.

Nach Annahme der einzelnen Paragraphen fand noch vor der Abstimmung über das Ganze folgende Diskussion statt.

v. Itzstein: Da wir an dem Abschluß des Budgets stehen, so erlaube ich mir noch einige Worte. Die Auflösung der letzten Kammer ist im verfassungsmäßigen Wege erfolgt. Das Volk mußte durch neue Wahlen antworten und hat geantwortet. Die gegenwärtige Kammer trat zusammen. Eine bewegte, unruhige Sitzung ist an uns vorüber gegangen in Folge der unseligen Zirkulare der Minister, in Folgen der diesen Zirkularien gegebenen Ausführung, in Folge der von dem ganzen Lande mißbilligten Versetzung einzelner Diener, so wie in Folge des Systems überhaupt, nach welchem die Herren Minister gehandelt haben. Heute stehen wir an dem Schluß unserer Sitzung, und heute handelt es sich um die Frage, ob wir die Mittel des Staats in die Hände der Minister und der Regierung legen sollen. Ich habe über diesen schweren Punkt mit mir Rath gepflogen; ich habe mir ohne Furcht vor dem bekannten Beschluß der Bundesversammlung in Betreff der Budgetsverweigerung — weil ich keine Furcht kenne, wo die Pflicht mir gebietet — diese Frage mir selbst beantwortet, und wie ich dies sagen zu dürfen glaube, in ächt konstitutionellem Sinne beantwortet. Ich will, wenn immer möglich, keinen weitern Anlaß geben zu neuen Beunruhigungen zwischen Regierung und Ständen, und dem Volk deshalb auch die Steuern bewilligen, und die Mittel des Staats in die Hände der Herren Minister legen. Ich blicke dabei auf die höchste Person, welcher die Zügel des Staats übertragen sind, auf den Regenten, dem das Volk mit Liebe anhängt, und dem die Kammer mit Liebe anhängt, der aber auch mit dem Volke innig verbunden ist, der das Volk liebt und das Wohl des Volkes will. Er wird in die eine Wagschale legen das Vertrauen und die Liebe des Volks, und in die andere Wagschale das System der Minister, und ich bin überzeugt, daß in seiner Hand derjenige Theil der Wage, worin das System der Minister liegt, als der

leichtere gefunden wird. Davon hoffe ich Hülfe und bewillige die Steuern.

Welcker: Ich befinde mich nach ruhiger Ueberlegung nicht im Stande, diesem Budgetgesetz meine Zustimmung zu geben. Ich thue dies nicht, um durch dieses Nein von meiner Seite eine politische Demonstration zu machen. Ich thue es lediglich darum, weil zwei Hauptposten meiner Ueberzeugung durchaus entgegen sind und zwar ein Ausgabe- und ein Einnahmeposten. Nach der ruhigsten Prüfung konnte ich mich niemals davon überzeugen, daß es von meiner Seite als Volksvertreter gut gehandelt wäre, wenn ich zu dem Militärbudget, zu dieser ausserordentlich vermehrten Last, meine Beistimmung gäbe.

Glauben Sie nicht, daß ich hierdurch dieser Kammer, oder der Mehrheit derselben, meinen Freunden, einen Vorwurf machen will. Sie meinen es wohl mit dem Lande, und sie haben die Sache eben so gewissenhaft erwogen, als ich. Sie thun, was ihre Pflicht ist, und ich thue, was die meinige ist, ohne den Gedanken eines Vorwurfs. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß diese ungeheure Vermehrung der Militärlast nicht blos, wie die Württemberger sich ausgesprochen haben, auf die Länge drückender ist, als selbst der Krieg, sondern ich bin vorzugsweise darum in der Lage, diese Last eine unglückselige zu nennen, weil sie uns nicht nur keine stärkeren Vertheidigungskräfte gewährt, sondern weil sie die Vertheidigungskräfte des deutschen Vaterlandes, also auch des Landes und des Thrones von Baden schwächt.

Neben dieser ungeheuern Militärlast werden wir nicht im Stande seyn, noch die weitere Last auf das Land zu legen, eine Volkswehr zu gründen, und ich bin überzeugt, daß wir in unserer besonderen Lage und zumal Frankreich gegenüber nothwendig eine Volkswehr haben müssen. Vor allem bin ich aber überzeugt, daß ein Korps von 16,000 Mann nicht dasjenige ist, was in der Noth die Selbstständigkeit des Throns und des Staats von Baden retten kann. Hiezu bedarf es wenigstens eines Korps von 30—40,000 Mann, welches eine selbstständige Macht begründet und erfolgreiche Unterhandlungen möglich macht. Linientruppen, verbunden mit Landwehr, sind dasjenige, was uns solche Selbstständigkeit verleiht, und für die Vertheidigung des gesammten deutschen Vaterlandes ist dies noch viel dringender. Durch die Bewilligung eines solchen ungeheuern Militärbudgets ist gerade die größere Vertheidigung unmöglich gemacht. Dabei habe ich übrigens die innige Ueberzeugung, die ich jedoch hier nicht ausführen will, daß die Bundesgesetze nicht so interpretirt werden dürfen, als ob dies eine bleibende Last seyn soll. Auch hatte ich nicht die Absicht, durch mein Nein, selbst wenn ich so glücklich gewesen wäre, daß die Mehrheit der Kammer dieselbe Ansicht getheilt hätte, im Kriege gegen Regierung und Bund aufzutreten. Ich wollte dann lieber, daß die Sache zu einer Verhandlung unserer Regierung mit dem Bunde gemacht worden, und im schlimmsten Fall zu einer bundesschiedsgerichtlichen Entscheidung gekommen wäre, gleichwie ich gerade damals, als uns die Preßfreiheit gegen Verfassung genommen wurde, lieber das mir gefallen lassen wollte, was die Macht über uns verhängte, als selbst mein Ja auszusprechen. Das war der eine Grund, warum ich es nicht über mich gewinnen konnte, durch eine Bewilligung auch noch diese Last auf das Land zu legen.

Ein zweiter Grund beruht auf dem Einnahmengesetz. Ich bin der vollkommensten Ueberzeugung, daß die Zeit gekommen ist, wo wir in dem Staatshaushalt sparen müssen, und wo unser Volk mit Recht Erleichterung fordert. 900,000 fl. Ueberschüsse gaben uns die Möglichkeit und legten uns auch zugleich die Pflicht auf, dieses unser Volk zu erleichtern, oder einen Anfang mit solchen Erleichterungen zu machen. Bei dem geringen Umfang von Rechten, welchen die deutschen Kammern haben, bin ich entschieden der Meinung, daß sie diese wenigen Rechte nicht in der Form von Wünschen in die Hände der Regierung legen, sondern solche selbst üben müssen. Dies sind die beiden Gründe, aus denen ich nicht ja sagen kann. Dagegen muß ich mich übrigens gegen ein Mißverständniß verwahren. Ich habe gesagt, nicht wegen einer politischen Demonstration, also nicht, um auszusprechen, daß ich zu dem System der Herren Minister kein Vertrauen habe, verweigere ich das Budget. Glauben Sie aber nicht, aus dieser Aeußerung schließen zu können, daß ich zu diesem System Vertrauen habe. Dies würde auch ganz gewiß der Ueberzeugung der großen Mehrheit der Kammer entgegenlaufen. Ich bin wenigstens entschieden der andern Ansicht. Ein Ministerium, dessen vorzugsweise einflußreiche Stimme sich so weit in der Politik, in Zeit, Ort und Mitteln vergriffen hat, und so vielfachen Zwiespalt in das Land brachte, dessen Politik so wenig konservativ und so wenig staatsmännisch ist, und Minister, die wenigstens der einen Hauptstimme, wenn auch mit Widerwillen, sich anschloßen, nehmen mein Vertrauen nicht in Anspruch. Die Staatsweisheit eines Staatsmannes, welche wir hier in diesem Saale mit dem quos ego auftreten sahen, und welche nun so weit bankerott ist, daß sie mit dieser Kammer nur durch Zeitungsartikel zu verhandeln vermag, ist nicht eine solche, welcher ich vertraue. Eine Staatsweisheit, welche selbst in diesen Zeitungsartikeln sich vertheidigt durch die Wiederholung der Grundsätze, die wir so oft hier hörten, welche die Grundsätze einer Stuartischen und napoleonisch-despotischen Rechtslosigkeit der Bürger so weit ausdehnt, daß unbedingt jedes Recht, welches selbstständig von Seiten der Beamten und der Bürger geübt werden will, als eine Verletzung des monarchischen Prinzips erklärt, eine Staatsweisheit, welche die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit unserer Minister gegen die Landesrepräsentation abläugnet, eine Staatsweisheit, die abermals das Unglücklichste, was geschehen kann, versucht, nämlich die Entzweiung des Volks mit der Krone, welche jede pflichtmäßige Vertheidigung unserer Rechte gegen ein ministerielles System als Angriff auf die geheiligten Rechte des Souveräns darzustellen vermag, welche die Minister wiederum unter den Schutz des unverantwortlichen Souveräns flüchtet, und die theure Unverletzlichkeit des Fürsten zu einer ministeriellen Unangreifbarkeit machen will, welche erklärt, daß, wenn auch ein Ministerium das Vertrauen des Volks verloren, das Land in's Unglück gebracht und die Freiheit, sowie die konservativen Interessen gefährdet hat, es doch nicht entlassen werden dürfe, weil dies das monarchische Prinzip verletze; eine solche Staatsweisheit,

sage ich, hat mein Vertrauen nicht, und ich lege ihr nicht das Geld der Unterthanen mit Vertrauen in die Hände. Ich stimme aber doch in anderer Beziehung mit denjenigen Herren, die bei der gleichen Gesinnung und Stimmung mit mir aus andern Gründen die Steuern nicht verweigern. Ich kenne die Beschränktheit und Gedrücktheit unserer deutschen Verhältnisse. Ich will den Feinden des konstitutionellen Systems in diesem schwachen Zustande keinen Vorwand verschaffen, um die Verletzungen gegen die Verfassung fortbestehen zu lassen. Meine feste Ueberzeugung ist es, daß, je gemäßigter wir in der Vertheidigung unserer Rechte auftreten, um so weniger die Verletzung dieser Rechte auf die Länge dauern kann, und darum wollte ich mich mit meinem Nein nicht gegen das Ministerium erklären. Ich bin, wie der Abg. v. Itzstein, lebhaft von dem Wunsche durchdrungen, daß der Frieden zurückkehren und ächt konservativ unsere ganze Verfassung bestehen möge. Ich wünsche einen Frieden, gegründet auf Recht. Wird dem badischen Lande nicht alsbald dieses friedliche Recht. Die Freiheit hat dabei nichts zu fürchten, wohl aber die Ruhe, die Ordnung und der Thron.

Finanzminister v. Böckh: Die Ruhe und Ordnung werden erhalten werden, meine Herren!

Junghanns: Wir stehen, wie bereits bemerkt wurde, am Ende eines langen Streites. Wir werden ihn nicht auf's Neue beginnen wollen. Nicht das System der Minister ist es, das uns bei Prüfung des Budgets geleitet hat. Hoch über dem System der Personen, die der Regierung vorstehen, steht ja die Verfassung. Was uns bei der Prüfung des Budgets geleitet hat, war die Rücksicht, ob die einzelnen Positionen durch die Nothwendigkeit geboten, oder ob sie wohlthätig für unser Land seyen. Unter dem Einfluß dieser Rücksicht sind alle Positionen geprüft und solche auch angenommen worden, und sie ist der Grund, warum wir auch dem vorliegenden Finanzgesetz unsere Zustimmung geben werden.

Gottschalk: Ich hoffte, daß vor der Annahme des Finanzgesetzes und vor Bewilligung der Steuern von Seiten der Regierung die Zusage werde gemacht werden, daß die Wünsche der Kammer, die gewiß auch die Wünsche des Volkes sind, in Erfüllung gehen, und von den ersparten Mitteln, von denen gestern die Rede war, wenigstens die allerdringendsten Bedürfnisse befriedigt werden sollen. Ich habe, sage ich, von Seiten der Regierung erwartet, doch wenigstens den Schein einer solchen Zusage zu erhalten. In dem Vertrauen aber, daß die Regierung dennoch die Wünsche, die in diesem Hause so oft widerhallten, deren Realisirung aber vielleicht für den Augenblick ihrem politischen System nicht angemessen scheint, gleichwohl zur Erfüllung bringen werde, bewillige ich die Steuern. Leicht hätte mein Gemüth gestern auch hingerissen werden können, mit einigen der Mitglieder das Wort um Herabsetzung der einen oder andern Steuer zu nehmen, allein ich will der Regierung die Mittel nicht entziehen, solche Bauten, wie wir sie erwarten, auszuführen, oder den gedrückten Lehrern aufzuhelfen. Der Abg. Knapp hat wohl gesagt, die Gemeinden, welche Straßen wünschen, sollen ihrerseits auch Anerbietungen machen. Ich betrachte aber die Sache von einem andern Gesichtspunkt und frage, ob die Gemeinden des Rheinthals und in seiner Gegend auf diese Weise behandelt worden sind? Er kann jetzt vielleicht zufrieden seyn, denn die Eisenbahn führt dahin. Den Abg. Bassermann erinnere ich daran, daß für den Hafen und den Handel in Mannheim schon viel von dem Staat verwendet worden ist. Ich gönne dies dieser Stadt, wünsche aber auch, daß jener Gegenden, wovon wir gestern sprachen, mehr gedacht werde. Deshalb und aus den von dem Abg. v. Itzstein angeführten Gründen trete ich dem Finanzgesetz bei, und spreche wiederholt mein volles Vertrauen aus, es werde die Regierung, wie der Abg. v. Itzstein so schön bemerkte, die Wage in die Hand nehmen, und die Wünsche und Erwartungen des Volk als die schwereren erkennen.

Noch eines sehe ich mich gedrungen als Mitglied der Budgetkommission auszusprechen. Sie zeigte bei ihren Arbeiten gewiß große Thätigkeit, allein es hat auch ein Mann an ihrer Spitze gestanden, der selbst vom Morgen bis in die Nacht sich den Geschäften widmete. Dieser Mann, der Nestor unserer Kammer, ist nicht müde geworden, und ihm haben wir es zu danken, daß die Arbeiten so rasch vor sich gingen. Es ist dies derselbe Mann, den man so sehr zu verdächtigen sucht, und ich halte für meine Pflicht, hier auszusprechen, daß unserm Senior Itzstein die Anerkennung gebührt, denn er ist es, der unsere Arbeiten so sehr beschleunigt hat, womit ich zugleich den Beweis liefere, daß alle Verdächtigungen nicht vermögen, Diejenigen, die genauer in die Sachen eingehen, auf eine andere Ansicht zu bringen. (Vielstimmiger Beifall.)

Rindeschwender: Ich theile die Klagen des Abg. Welcker über das Militärbudget, ich theile die Wünsche des Abg. Gottschalk, und hoffe, daß ihnen von der Regierungsbank so viel als möglich werde nachgekommen werden. Uebrigens bewillige ich die Steuern, weil ich in der Budgetkommission selbst Zeit, Muse und Gelegenheit hatte, mich davon zu überzeugen, daß sämmtliche Einnahme- und Ausgabeposten mit der größten Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit geprüft wurden, wie sie denn auch von der Kammer, wenigstens in ihrer überwiegenden Mehrheit, angenommen worden sind, und in den Ausgaben und Einnahmen mehr herunter oder hinauf zu gehen, scheint mir unmöglich. Ich bewillige die Steuern, weil ich das so regulirte Budget in irgend welche Hände legen muß und kann. Ich bewillige es und lege es in die Hände der gegenwärtigen Minister, weil ich ihrer Gewissenhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit genug zutraue, streng sich an die Verordnung zu halten, die ihnen auflegt, die Staatsgelder zum Nutzen und Frommen des Landes zu verwenden. Ich bewillge die Steuern, weil ich weiß, daß das Volk Ruhe und Frieden will, und daß auch Empfindungen, die in der einen oder der andern Brust auftauchen, diesem Wunsche untergeordnet werden müssen. Ich erwarte diesen Frieden und diese Ruhe, und hoffe, daß ein System nicht mehr an das Tageslicht treten möge, welches die neueste Zeit für verwerflich erklärt, und letzteres auch sich als solches gezeigt hat. Ich bewillige endlich die Steuern, weil ich den politischen Verhältnissen Rechnung trage.

Finanzminister v. Böckh: Unser Budget hat mit der Politik und den Parteiinteressen nichts zu schaffen.

Wenigstens habe ich die Beruhigung und die Ueberzeugung, daß davon in dem Budget keine Spur zu finden seyn wird. Auch in Zukunft werden Sie in Beziehung auf die öffentlichen Ausgaben die Gewissenhaftigkeit finden, die wir bis jetzt beobachtet haben. Wir machen keine Ausgaben für unsere Freunde, und wir verweigern keine Ausgaben zum Besten unserer Feinde. Wir stehen über allen solchen Rücksichten erhaben.

Gerbel: Ich nehme keinen Anstand, dem Finanzgesetz meine Zustimmung zu geben. Vertrauen muß man aber vor Allem zu einer Regierung haben, und Vertrauen beweist es wirklich, wenn man in die Hände eines Ministeriums ein Budget legt, wie das fragliche, und ein Anlehen, wie das früher zur Sprache gekommene. Schon in einer frühern Sitzung habe ich erklärt, daß ungeachtet der damals zur Sprache gekommenen politischen Mißgriffe des Ministeriums das Vertrauen in seine Verwaltung sich stets erhalten habe. Es hat dies einige Mißstimmung erzeugt, allein nun erhalte ich die Bestätigung Dessen, was ich sagte. Vertrauen muß man haben, wenn man ein Budget bewilligt, wie das in Frage stehende, und einem Anlehengesetz zustimmt, wie das früher zur Sprache gebrachte. Zwei Ausnahmen habe ich übrigens gemacht, die auch oft und viel besprochen worden sind; die eine bezieht sich gerade auf jenen politischen Mißgriff, der häufig erörtert wurde, und die andere auf den gänzlichen Stillstand, ja Rückgang in der Gesetzgebung der Justiz. Diese zwei Ausnahmen bleiben fest in mir stehen; allein dessenungeachtet kann ein solches Vertrauen in die Person der Minister gesetzt werden, um die Staatsgelder in ihre Hände legen zu können. Wenn ich nun aber von diesem Vertrauen spreche, so will ich damit ausdrücklich bemerken, daß alle jene Feindseligkeiten, von denen früher gesprochen worden ist, nicht vorhanden sind, und weder Boden noch Grund haben. Ich habe die Hoffnung, daß das Vertrauen, welches die Kammer durch die Bewilligung des Finanzgesetzes und die Annahme des Anlehengesetzes an den Tag gelegt hat, wieder Vertrauen erzeugt. Zwei Dinge sind es, die beseitigt zu werden brauchen, und das alte Verhältniß des Musterstaats Baden wird wieder eintreten und solcher überall glänzen.

Knapp: Der Abg. Gottschalk scheint in Beziehung auf die öffentlichen Verhältnisse, und das, was auf früheren Landtagen vorging, nicht gehörig unterrichtet zu seyn, denn wäre er dieses, so würde er sich nicht in solcher Weise gegen mich ausgesprochen haben. Selbst das Straßengesetz, welches der Kammer früher vorgelegt worden, ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß es darauf ankomme, welche Beiträge zu neuen Straßen von den Gemeinden geleistet werden wollen. Es hat sich gezeigt, daß Petitionen um Straßen bei der Kammer einkommen, denen auch entsprochen wurde, allein als es später zum Bau kam, wußte man nicht, wie viel man für den Grund und Boden fordern sollte. Der Herr Abgeordnete sagt ferner, man habe die Eisenbahn in's Rheinthal und meine Gegend geführt. Wenn aber derselbe die Unterhandlungen über die Eisenbahnverhältnisse kennte, so würde er sich nicht halb vorwurfsweise darauf berufen haben. Er erinnert ferner an die schönen Landstraßen, die auf Staatskosten hergestellt worden seyen. Der Herr Abgeordnete scheint aber auch in dieser Beziehung nicht gehörig unterrichtet zu seyn, denn die Straßen, die in die Unterhaltung des Staats abgegeben wurden, sind von den Gemeinden selbst längst vorher hergestellt und unterhalten worden.

Gottschalk: Die Zeit ist zu edel, als daß ich mich weiter auf diesen Gegenstand einlassen dürfte.

Knapp: Was die Hauptsache betrifft, so schließe ich mich denjenigen an, die für die Bewilligung des Budgets sind. Man hat sodann vielfach von Gefahren gesprochen, und sie mögen vielleicht auch näher seyn, als man sich denkt. Wenn aber Gefahren vorhanden sind, so gibt es kein kräftigeres Mittel für uns, als das einig zu seyn, denn Einigkeit macht stark und verleihet Kraft. Ich gehöre einem kleinen Landestheil an, der in den 90er Jahren bewiesen hat, was Einigkeit und Anhänglichkeit an Fürst und Vaterland hervorzubringen vermag. Niemand in diesem Saale ist vielleicht mehr gekränkt worden, als in früheren Zeiten ich selbst, aber vergessen wir zum Schluß alle die Kränkungen, worüber wir sprechen könnten. Gehen wir darüber weg, suchen wir den Frieden zwischen Fürst und Vaterland und Regierung zu erhalten, in Eintracht zu wirken, und die Verfassung zu beschützen. Decken wir alles Vergangene mit dem Mantel der Liebe zu, jedoch, wie ich wiederhole, ohne hiebei zu vergessen, daß wir fest an der Verfassung halten müssen.

Sander: Wenn ich gestern vorgeschlagen habe, eine Steuerverminderung eintreten zu lassen, so geschah dieß in dem Bestreben, dem Land, diesem unter einer schweren Last von Steuern liegenden Lande, eine Frucht dieses Landtags nach Hause zu bringen. Ich bedauere, daß es mir nicht gelungen ist, mein Bestreben durchzuführen. Ich bedauere dies mit dem Abg. Welcker, und theile mit demselben auch seine weiteren Klagen über die großen Lasten, die auf unserm Budget liegen. Gleichwohl kann ich aber mit ihm nicht zu dem Resultate kommen, die Steuern nicht zu bewilligen. Hätten wir gar keine Frucht dieses Landtags, und wären wir wirklich dahin gefallen, wohin man die Kammer und das Land vielleicht zu führen suchte, so würde ich, wäre ich in dieser Kammer, keinen Anstand nehmen, die Steuern nicht zu bewilligen. Eine Frucht aber, und zwar eine große Frucht hat dieser Landtag gebracht. Wenn ich meine Blicke zurückwende in die vergangene Zeit, so muß ich fürchten, daß ein System auf uns drückte, welches nicht dahin gerichtet war, die Verfassung aufrecht zu erhalten, nicht dahin gerichtet, die Rechte des Volkes zu wahren und zu achten, sie zu dem schönen Bilde einer ächt repräsentativen Monarchie zu vereinigen. Diesem System ist aber diese Kammer entgegengetreten. Sie war es, die da verhinderte, daß es rückwärts ging, sie war es, die die Rechte des Volks wahrte, die die Bestimmungen der Verfassung standhaft fest hielt, sie war es, die nichts that, was nicht in ihren Rechten und in ihren Befugnissen lag, die die Rechte der Krone wahrte, aber auch die Rechte des Volks zu vertheidigen wußte. An dieser Frucht halte ich fest. Wohl weiß ich, wie man die Bestrebungen der Kammer in den Zeitungen verdächtigte. Wohl kenne ich die Drohungen die dieser Kammer dießfalls gemacht wurden, wohl höre ich, daß man

uns als Wiedersacher des monarchischen Prinzips anfeindet, und daß man uns abermals mit einer Auflösung droht. Wir können aber mit der größten Ruhe allen diesen Drohungen entgegensehen, und das Gefühl der reinsten Pflichterfüllung kann uns allein bewegen. An ihm festhaltend, alle Rechte anerkennend, das monarchische Prinzip nicht anfeindend, stimme ich für die Bewilligung der Steuern, und dies sey die Antwort der Kammer, welche sie denjenigen gibt, die mit einer Auflösung drohen. Man weiß aber auch, daß wenn eine solche Drohung wirklich vollzogen wird, dies nur geschieht, weil man das System, das bisher auf uns drückte, fortsetzen will. Das Land wird alsdann die Wahl haben zwischen jenen, die in dieser Kammer die Rechte des Landes vertheidigten, ohne die Rechte der Krone anzufeinden, und zwischen jenen, deren Streben nicht dahin geht, die Rechte des Landes, welche die Verfassung gewährt, aufrecht zu erhalten und durchzuführen.

Finanzminister v. Böckh: Ich halte es nicht an der Zeit, auf eine Diskussion einzugehen, die der Herr Abg. Sander anzuregen versuchte. Das Ministerium ist seines guten Rechtes und der Gewissenhaftigkeit seiner Handlungsweise sich bewußt. Ich will daher nur von der einzigen Behauptung sprechen, man habe der Kammer mit der Auflösung gedroht. Ich frage, ob diese Drohung je von der Bank der Minister gehört worden ist? (Viele Stimmen antworten nein.) Genug also.

v. Itzstein: Zeitungsartikel haben hievon gesprochen.

Hecker: Am 19. August d. J. legte ich mein Mißtrauensvotum gegen die Herren Minister in diesem Saale nieder. Ich habe damals gesagt, daß ich zu einer Verwaltung kein Vertrauen haben könne, die in die Volksrechte, in die verfassungsmäßigen Rechte, in die Rechte, die wir als solche anerkennen, Eingriffe beabsichtigt und theilweise auch verwirklicht habe. Dieses Mißtrauen besteht bei mir heute noch, denn ich weiß nicht, ob die Herren Minister in ihrer jetzigen Zusammensetzung ihre Gesinnungen, die sie in dem bekannten Zirkulare kund gegeben, geändert haben. Wenn ich mit starrer Konsequenz an meinem Mißtrauensvotum hielte, und keine bessere Hoffnung hätte, so müßte ich zu dem Votum des Abgeordneten Welcker kommen und ihm zustimmen. Drei Rücksichten sind es aber, die mich bewegen, meine Zustimmung zu dem Budget zu geben, und ich lege diese meine Erklärung am Schlusse des Landtags hiermit in das Protokoll nieder.

Die erste Rücksicht ist die: die Herren Minister haben an das Volk appellirt; ihrer Stimme ist aber nicht geantwortet worden, und das Schweigen einer Nation auf die Interpellation eines Ministers ist die beste Lehre für ihn, was die Stimme des Volkes sey, und was das Volk will. Es hat aber aus freiem Antrieb durch die Mehrheit dieser Kammer geantwortet, und darin sehe ich eine gewichtige Garantie für den gesunden Sinn des Volkes, für seine Anhänglichkeit an die verfassungsmäßigen Rechte, so wie eine Garantie dafür, daß, selbst wenn eine wiederholte Auflösung der Kammer erfolgen sollte, es diejenigen herauszusuchen wüßte, die seine Rechte ohne irgend eine andere Rücksicht schützten und schirmten.

Mein erster Grund ist also jenes Vertrauen, welches ich auf das Volk setze, und wegen dessen ich in die Hände einer Verwaltung so große Summen lege, die man sonst nur einer solchen Verwaltung überantwortet, zu der man Vertrauen hat.

Meine zweite Rücksicht ist die, daß ich von den Herren Ministern erwarte, es werde die Stimme des Volks nicht vergeblich an ihr Ohr geschlagen, sondern sie eingesehen haben, daß dieses System, hervorgerufen durch einen Mann, sich nicht halten kann, sondern eingreift in die Rechte des Volks; daß das Volk solches mißbilligen muß, und daß das Bestreben, solchen Prinzipien Eingang zu verschaffen, und Aufregung mit denselben zu verbreiten, nicht konservativ, sondern der Weg der Umwälzung, wenn auch in rückgängiger Bewegung, ist. Endlich habe ich aber auch die Hoffnung, daß jener Minister, von dem nach der allgemeinen Stimme jenes System, jenes verderbliche System, dieses System des Zwiespaltes ausging, jener Minister, der sich vergeblich mit dem monarchischen Prinzip zu identifiziren sucht, und der, sobald das ministerielle System angegriffen wird, die Rechte der Krone angegriffen sieht, von seinem Sitze herabsteigen, daß er zum Besten und zum Jubel des Volkes abtreten werde.

Aus diesen Gründen und mit solchen Hoffnungen stimme ich für das Budget.

Finanzminister v. Böckh erklärt, daß er an solchen Diskussionen keinen weiteren Antheil nehme, und verläßt sofort den Saal.

Bader: Ich stimme für die Bewilligung der Steuern, weil ich sehe, daß die Bedürfnisse des Landes die geforderte Summe dringend erheischen. Ich stimme für die Bewilligung mit dem Wunsche und in der Hoffnung, daß der Glückstern, der früher so herrlich über Badens Gauen leuchtete, nach einer so trüben Periode seine Strahlen uns wieder zuwenden werde. Ich habe gestern nicht für die von einigen Mitgliedern vorgeschlagene Steuerherabsetzung gestimmt, weil ich mit dem Abg. Gottschalk glaube, daß wenn wir disponible Mittel haben, sie auf Unternehmungen in jenen Gegenden verwendet werden müssen, die schon lange auf die Ausführung solcher Unternehmungen harren. Ich habe nicht für die Verminderung der Liegenschaftsaccise gestimmt, weil eine solche Verminderung hauptsächlich nur den großen Städten, nicht aber jenen Gegenden, die wir erleichtern wollen, zu statten käme, indem in den großen Städten die Eigenthumsveränderungen weit häufiger vorkommen, als z. B. in dem Schwarzwalde und in dem Odenwalde. Wären wir aber auch in dem glücklichen Fall, wie wir es nicht sind, eine Steuer aufheben zu können, so wäre mir immer noch eine andere Klasse von Staatsangehörigen bekannt, die vor Allen übrigen vorzugsweise belastet ist. Ich meine die Weinproduzenten, von denen vorgestern gesagt wurde, daß sie gegen alle Anderen zwei- und dreifach belastet seyen, und das Zwei- und Dreifache an Steuer bezahlen müssen. Wenn wir also in dem Falle wären, eine Steuer nachzulassen, so müßten wir diese Leute vor Allen berücksichtigen.

(Schluß folgt.)

Druck und Verlag von C. Macklot.